

VERFAHRENSORDNUNG ZUR INVESTITIONSFINANZIERUNG GEMEINSAMER AUFGABEN DER UNFALLVERSICHERUNGSTRÄGER

INHALTSVERZEICHNIS

Abschnitt I: Grundlagen der Investitionsförderung	4
Präambel.....	4
I § 1 Zweck der Investitionsförderung	5
I § 2 Förderverfahren.....	5
I § 3 Einhebung der Mittel	6
I § 4 Finanzierungsplanung	7
I § 5 Anerkennung von Maßnahmen	7
I § 6 Mittelzuteilung und Zuwendungsmitteilung.....	8
I § 7 Allgemeine Grundsätze der Finanzierung	9
I § 8 Antragstellung, Bedarfsmeldung und Anzeigepflicht.....	9
I § 9 Fördermittelberechtigte	10
I § 10 Art und Form der Förderung / Gesamtkosten	10
I § 11 Anzeigepflichten	10
I § 12 Rückforderung von Fördermitteln	10
Abschnitt II: Förderung nach dem Gemeinschaftsfonds.....	11
II § 1 Förderzweck.....	11
II § 2 Verfahren über die Antragstellung und Ausreichung von Mitteln aus dem Gemeinschaftsfonds	12
II § 3 Grundsatzgespräch (Verfahrensstufe 1)	12
II § 4 Erfassung von Objekten für eine etwaige Förderung (Verfahrensstufe 2)	13
II § 5 Aufnahme von Objekten in den Finanzierungsplan (Verfahrensstufe 3).....	14
II § 6 Zuteilung von Mitteln aus dem Gemeinschaftsfonds (Verfahrensstufe 4)	14
II § 7 Laufende Berichterstattung gegenüber der DGUV (Verfahrensstufe 5).....	15
II § 8 Mittelverwendungsnachweis (Verfahrensstufe 6).....	15
Abschnitt III: Förderung nach dem Investitionsfonds	16
III § 1 Förderzweck.....	16
III § 2 Verfahrenswege	16
III § 3 Antragstellung im verkürzten Verfahren (Finanzierungsgespräch)	17
III § 4 Verkürztes Antrags- und Prüfverfahren für die Verfahrensstufen 2 bis 4	17
III § 5 Laufende Berichterstattung	17
III § 6 Mittelverwendungsnachweis.....	18
Abschnitt IV: Förderung nach dem Fonds für pauschale Fördermittel	18
IV § 1 Förderzweck.....	18
IV § 2 Bedarfsmeldung für pauschale Fördermittel.....	19
IV § 3 Auszahlung von Fördermitteln	19
IV § 4 Zuwendungsvertrag	20
IV § 5 Mittelverwendung und Vortrag von nicht verwendeten Fördermitteln	20
IV § 6 Überwachung der Verwendung und Nachweisführung	20
Anhang	21
A. Ausführungsbestimmungen.....	21

B. Prüfungsrichtlinie.....	21
----------------------------	----

ABSCHNITT I: GRUNDLAGEN DER INVESTITIONSFÖRDERUNG

PRÄAMBEL

Die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) ist der Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand (nachfolgend gemeinsam auch als „**Unfallversicherungsträger**“ bezeichnet). Die Investitionsfinanzierung der Gesetzlichen Unfallversicherung dient der Finanzierung gemeinsamer Aufgaben im Sinne des § 2 der Satzung der DGUV zur Errichtung und Unterhaltung von Einrichtungen der medizinischen und beruflichen Rehabilitation, die gemeinsamen Belangen der Unfallversicherungsträger dienen (nachfolgend auch „**Fördermittellempfänger**“ genannt), wie

- Berufsgenossenschaftliche (Unfall-) Kliniken, BG Ambulanzen (einschließlich der BG Ambulanz Bremen), Berufsgenossenschaftliche Kliniken für Berufskrankheiten (nachfolgend jeweils einzeln auch „**BG Klinik**“ sowie gemeinsam „**BG Kliniken**“ genannt),
- Weitere Einrichtungen, die den gemeinsamen Aufgaben zur medizinischen und beruflichen Rehabilitation der Unfallversicherungsträger dienen (nachfolgend „**weitere Einrichtungen**“ genannt).

Folgende Rahmenbedingungen als wesentliche Voraussetzung der Investitionsförderung sind zu berücksichtigen:

- 1) die Erforderlichkeit der Maßnahmen unter Berücksichtigung des Gesamtbedarfes aller Unfallversicherungsträger (vgl. § 172 b SGB VII),
- 2) die Grundsätze für das Verfahren der Genehmigung und Anzeige zum Erwerb und Leasen von Grundstücken und Grundstücksgleichen Rechten sowie zur Errichtung, Erweiterung und Umbau von Gebäuden gemäß § 85 SGB IV“ des Bundesversicherungsamtes (nachfolgend auch „Grundsätze 85“),
- 3) die Durchführung angemessener Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für alle finanzwirksamen Maßnahmen (vgl. § 69 Abs. 3 SGB IV)

sowie bei der Investitionsförderung von BG Kliniken darüber hinaus

- 4) das Klinikgesamtkonzept sowie das
- 5) das Klinikbaukonzept

In diesem Abschnitt I werden die allgemeinen Grundsätze der Investitionsfinanzierung dargestellt. In den Abschnitten II, III und IV werden spezifische Einzelheiten der Verfahren zur Investitionsfinanzierung geregelt. Sollten sich aus diesen spezifischen Regelungen Abweichungen zu den nachstehend geregelten allgemeinen Grundsätzen ergeben, haben die spezifischen Regelungen in den Abschnitten II, III und IV Vorrang.

Fördermittellempfänger können aus dieser Verfahrensordnung keine Ansprüche ableiten, sondern nur aus dem jeweiligen Zuwendungsvertrag; soweit es sich um weitere Einrichtungen handelt, gegebenenfalls auch aus dem jeweiligen Darlehensvertrag.

I § 1 ZWECK DER INVESTITIONSFÖRDERUNG

Zur Bewilligung von Mitteln zur Investitionsfinanzierung stehen die folgenden Finanzierungsfonds (nachfolgend gemeinsam auch als „Fonds“ bezeichnet) zur Verfügung:

1. Gemeinschaftsfonds

Aus dem Gemeinschaftsfonds zu finanzieren sind Grundstückserwerb, Neubauten, Erweiterungsbauten, Umbauten und Medizintechnische Großgeräte gemäß den Bestimmungen in Abschnitt II dieser Verfahrensordnung.

2. Investitionsfonds

Aus dem Investitionsfonds zu finanzieren sind Umbauten, Modernisierungen und weitere Ersatzinvestitionen sowie der Ersatz medizintechnischer Großgeräte gemäß den Bestimmungen in Abschnitt III dieser Verfahrensordnung.

3. Fonds für pauschale Fördermittel

Aus dem Fonds für pauschale Fördermittel zu finanzieren sind Modernisierungen sowie weitere Ersatzinvestitionen unter der jeweils geltenden Genehmigungsfreigrenze gemäß § 85 SGB IV, bewegliche Einrichtungsgegenstände sowie Instandhaltungsmaßnahmen bis zu einem Höchstbetrag von 25 % des jährlichen pauschalen Fördermittelvolumens je BG Klinik gemäß den Bestimmungen des Abschnittes IV dieser Verfahrensordnung.

Die vorgenannten Beschreibungen der Förderzwecke sind nicht abschließend, es wird vollumfänglich auf die diesem § 1 vorgehenden Regelungen der Abschnitte II bis IV verwiesen.

Die Investitionen sollen grundsätzlich aus Mitteln der vorgenannten Fonds finanziert werden, wobei die Gewährung von Mitteln stets unter dem Vorbehalt ausreichender Verfügbarkeit steht („Finanzierungsvorbehalt“). Sollten einzelne Förderzwecke nicht in dieser Verfahrensordnung abgebildet sein, so ist - nach erfolgter Abstimmung zwischen DGUV und der BG Kliniken – Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung gGmbH (nachfolgend auch „BGKUV“) - durch die Gremien der DGUV zu entscheiden, ob und aus welchem der genannten Fonds die Finanzierung erfolgen soll. Dies folgt dem Grundsatz, dass die Finanzierung aller Investitionen, die den gemeinsamen Belangen und den Bedarfen der Unfallversicherungsträger dienen, von dieser Verfahrensordnung abgedeckt ist. Sollten Gründe für eine Eigenmittelfinanzierung durch die BG Kliniken sprechen, so ist dies möglich und unterliegt der Beschlussfassung innerhalb der BGKUV und der BG Kliniken.

I § 2 FÖRDERVERFAHREN

Grundsätzlich gibt es zwei Verfahren im Rahmen der Förderprogramme (nachfolgend auch als „Förderverfahren“ bezeichnet):

1. Maßnahmenbezogenes Förderverfahren

Das maßnahmenbezogene Förderverfahren gilt für Maßnahmen, die aus dem Gemeinschaftsfonds oder dem Investitionsfonds zu finanzieren sind.

Die Grundlagen der Prüfung sowie das konkrete Förderverfahren zum Gemeinschaftsfonds und zum Investitionsfonds sind in den Abschnitten II und III geregelt.

2. Pauschales Förderverfahren

Das pauschale Förderverfahren gilt für Maßnahmen, die aus dem Fonds für pauschale Fördermittel zu finanzieren sind.

Die Grundlagen der Prüfung sowie das konkrete Förderverfahren sind im Abschnitt IV dieser Verfahrensordnung geregelt.

Die DGUV bedient sich zur Prüfung der Maßnahmen, die aus den Fonds finanziert werden sollen, einer unabhängigen Sachverständigenstelle, die vom Vorstand der DGUV eingesetzt wird. Zu den ihr obliegenden Aufgaben wird auf die jeweils gültige Geschäftsordnung der Sachverständigenstelle verwiesen.

I § 3 EINHEBUNG DER MITTEL

- (1) Die Mittel für den Gemeinschaftsfonds werden jährlich im Rahmen von Umlagebeträgen durch die gewerblichen Berufsgenossenschaften auf der Grundlage eines Beschlusses der Mitgliederversammlung der DGUV zur Verfügung gestellt. Die Umlageanteile für den Gemeinschaftsfonds entsprechen den Anteilen an den Kosten für stationäre Behandlung der Rechnungsergebnisse des Vorvorjahres.

Die Mittel für den Investitionsfonds und den Fonds für pauschale Fördermittel werden jährlich im Rahmen von Umlagebeträgen durch die Berufsgenossenschaften, die Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand und die Landwirtschaftliche Unfallversicherung (LUV) der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) zur Verfügung gestellt. Die Aufteilung wird durch die Mitgliederversammlung der DGUV im Rahmen der Beschlussfassung zur Finanzierungsplanung festgelegt. Die Umlageanteile innerhalb dieser jeweiligen UV-Träger-Gruppen entsprechen den Anteilen an den Kosten für stationäre Behandlung der Rechnungsergebnisse des Vorvorjahres.

- (2) Die jährlichen Umlagebeträge werden im Voraus für die gesamte Finanzierungsperiode im letzten Jahr vor Beginn einer Finanzierungsperiode unmittelbar festgesetzt. Dazu wird ein Umlagebetrag des letzten Jahres vor der neuen Finanzierungsperiode mit der sich aus den letzten sechs aktuellsten Indizes ergebenden durchschnittlichen Veränderung des vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Baupreisindex für den „Neubau von Wohngebäuden inkl. Umsatzsteuer“ Jahr für Jahr fortgeschrieben. Sollte der Baupreisindex für den „Neubau von Wohngebäuden inkl. Umsatzsteuer“ in Zukunft durch einen Nachfolgeindex abgelöst werden, gilt dieser Nachfolgeindex.

In Einzelfällen kann die DGUV von den in diesem Absatz 2 beschriebenen Grundsätzen über die Festlegung der jährlichen Umlagebeträge abweichen.

Über die Höhe der Umlagen beschließt die Mitgliederversammlung der DGUV.

- (3) Die Umlagebeträge für den Gemeinschaftsfonds, den Investitionsfonds und den Fonds für pauschale Fördermittel werden mit Valuta zum 31. Januar des Umlagejahres aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung in das Treuhandvermögen bei der DGUV eingezahlt.

I § 4 FINANZIERUNGSPLANUNG

- (1) Zur Vorbereitung der Entscheidung über die Förderung von Investitionsmaßnahmen stellt der Vorstand der DGUV für jeden Fonds einen Finanzierungsplan fest, der sämtliche Förderbedarfe betreffend den jeweiligen Fonds beinhaltet und einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren umfasst.
- (2) Dazu sind vor Beginn jeder fünfjährigen Finanzierungsperiode von der BGKUV die Bedarfe der BG Kliniken für den Gemeinschaftsfonds und den Investitionsfonds auf Grundlage einer umfassenden Zielplanung (Einzelzielplanung) darzustellen, die grundsätzlich die Planung des medizinischen Leistungsportfolios, die Ableitung von notwendigen betriebsorganisatorischen Maßnahmen, die bauliche Bestandsbewertung hinsichtlich der abgeleiteten Anforderungen sowie die Ableitung von erforderlichen baulichen Maßnahmen einschließlich grundlegenden Überlegungen zur Wirtschaftlichkeit zu enthalten hat. Der Betrachtungszeitraum umfasst fünf Jahre mit einem Ausblick auf die folgenden fünf Jahre. Die Entscheidung über die Zielplanung obliegt der BGKUV.

Die Ergebnisse der (Einzelziel-) Planungen der BGKUV betreffend die BG Kliniken für den Gemeinschaftsfonds und den Investitionsfonds sowie ggf. darüber hinausgehende Bedarfe der weiteren Einrichtungen werden im Rahmen der Finanzierungsplanung von der DGUV zusammengestellt. Die Finanzierungsplanung soll einen Überblick über die geplante Entwicklung der voraussichtlichen Gesamtkosten und die aus dem Gemeinschaftsfonds und Investitionsfonds benötigten Mittel geben. Dieses erfolgt vor dem Hintergrund der vom Vorstand der DGUV gemäß § 172 b SGB VII zu beurteilenden Bedarfe der Unfallversicherungsträger. Um eine umfassende und langfristige Finanzierungsplanung zu ermöglichen, sind alle von den BG Kliniken geplanten Maßnahmen möglichst frühzeitig zur Erfassung (Abschnitt II § 4, Verfahrensstufe 2) anzumelden.

- (3) Die Bedarfe für den Fonds für pauschale Fördermittel sind in einer Bedarfsmeldung i. S. d. Abschnittes IV dieser Verfahrensordnung durch die BGKUV darzustellen.
- (4) Die Finanzierungspläne werden jährlich auf Basis der aktuell vorliegenden Anträge bzw. der Bedarfsmeldung auf den neuesten Stand gebracht und fortgeschrieben, wobei bereits in den Vorjahren in den Finanzierungsplan aufgenommene Maßnahmen unberührt und verbindlich bleiben.
- (5) Die Finanzierungspläne werden der Mitgliederversammlung der DGUV jährlich vorgelegt. Die Mitgliederversammlung der DGUV beschließt auf Grundlage dieser Finanzierungsplanungen jährlich über die Höhe der Einhebung der Mittel für die jeweiligen Fonds.

I § 5 ANERKENNUNG VON MAßNAHMEN

- (1) Die Anerkennung von Maßnahmen, die aus dem Gemeinschaftsfonds und dem Investitionsfonds zu fördern sind, setzt die Aufnahme in einen der Finanzierungspläne voraus.
- (2) Über die Anerkennung von Maßnahmen, die aus dem Gemeinschaftsfonds zu fördern sind und die verbindliche Aufnahme in den Finanzierungsplan entscheidet die Mitgliederversammlung der DGUV auf Vorschlag des Vorstandes der DGUV.
- (3) Über die Anerkennung von Maßnahmen, die aus dem Investitionsfonds zu finanzieren sind, entscheidet der Vorstand der DGUV selbst.

- (4) Die Anerkennung von Maßnahmen, die aus dem Fonds für pauschale Fördermittel zu fördern sind, erfolgt nachgelagert in Form einer Überprüfung der Mittelverwendung gem. den Bestimmungen des Abschnittes IV § 6 dieser Verfahrensordnung.
- (5) Bei der Anerkennung sollen Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung der Funktionsfähigkeit bestehender BG Kliniken bevorzugt werden.
- (6) Ein Anspruch der Fördermittelempfänger auf Auszahlung von Fördermitteln resultiert aus der Anerkennung der Maßnahme noch nicht, sondern ergibt sich erst aus dem jeweiligen Zuwendungsvertrag bzw. – soweit es sich um weitere Einrichtungen handelt – ggf. aus dem jeweiligen Darlehensvertrag.

I § 6 MITTELZUTEILUNG UND ZUWENDUNGSMITTEILUNG

- (1) Der Vorstand der DGUV überträgt seine Beschlusskompetenz über die Zuteilung von Mitteln aus dem Gemeinschaftsfonds, dem Investitionsfonds und dem Fonds für pauschale Fördermittel in den einzelnen Finanzierungsjahren an die von ihm eingesetzte fachlich unabhängige Sachverständigenstelle. Die Übertragung der Beschlusskompetenz ist jederzeit widerruflich und steht unter folgendem Vorbehalt:
 - a) Die Höhe der Mittelzuteilung aus dem Gemeinschaftsfonds, dem Investitionsfonds sowie dem Fonds für pauschale Fördermittel für die jeweilige Maßnahme entspricht höchstens den im Finanzierungsplan vorgesehenen Mitteln;
 - b) die Durchführung der Maßnahme aus dem Gemeinschaftsfonds und Investitionsfonds sowie die Kostenentwicklung entspricht der von der Sachverständigenstelle für die Aufnahme in den Finanzierungsplan testierten Planung (vgl. Abschnitt II, § 5).
- (2) Nach der Beschlussfassung über die Zuteilung von Mitteln erstellt die Verwaltung der DGUV Verteilungspläne (Verteilungsplan pro Maßnahme). Über die Zuteilung von Mitteln erhält der Fördermittelempfänger sowie – soweit der Fördermittelempfänger eine BG Klinik ist – die BGKUV von der DGUV vorab eine Information.
- (3) Sofern BG Kliniken Fördermittelempfänger sind, leitet die DGUV nach Beschlussfassung über die Mittelzuteilung ein Anzeige-/ Genehmigungsverfahren für die Beteiligten beim Bundesversicherungsamt ein, sofern eine Anzeige- oder Genehmigungspflicht besteht. Sofern die Förderung bei weiteren Einrichtungen im Wege von Darlehen erfolgt, leitet die DGUV das Genehmigungsverfahren für die darlehensgebenden bundesunmittelbaren Unfallversicherungsträger ein.
- (4) Die Auszahlung der Mittel durch die Verwaltung der DGUV erfolgt auf Grundlage von schriftlichen Zuwendungsverträgen bzw. – soweit es sich um weitere Einrichtungen handelt – ggf. von Darlehensverträgen an die Fördermittelempfänger, in denen die Bedingungen geregelt werden; auf die diesbezüglichen Regelungen in Abschnitten II, III und IV wird verwiesen. Die DGUV veranlasst nach Vorliegen aller Voraussetzungen die Mittelauszahlung aus dem Treuhandvermögen für die Fonds und informiert die Unfallversicherungsträger über die Mittelentnahme und deren Höhe.
- (5) Mehrkosten werden grundsätzlich nicht erstattet. Es besteht jedoch die Möglichkeit, diese nachträglich zu genehmigen (Ermessensentscheidung). Sofern und soweit bewilligte Mittel zur Umsetzung der Investitionsmaßnahme nicht benötigt werden, sind diese zurückzuzahlen.
- (6) Reichen die Mittel aus den Fonds für eine Zuteilung während der laufenden Finanzierungsperiode nicht aus, können die an der Förderung beteiligten Unfallversicherungsträger oder die Fördermittelempfänger eine Vorfinanzierung mit der Möglichkeit späterer Verrechnung in den jeweiligen Fonds vornehmen. Betreffend

Mittel aus dem Gemeinschaftsfonds bedarf es dafür der vorherigen Zustimmung des Vorstandes und der Mitgliederversammlung der DGUV, betreffend Mittel aus dem Investitionsfonds und dem Fonds für pauschale Fördermittel der Zustimmung des Vorstandes der DGUV.

I § 7 ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE DER FINANZIERUNG

- (1) Aufgabe der Unfallversicherungsträger ist es, nach Eintritt von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit der Versicherten mit allen geeigneten Mitteln wiederherzustellen. Dabei sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu berücksichtigen und bei allen finanzwirksamen Maßnahmen angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen (vgl. § 69 Abs. 3 SGB IV). Bei der Verwendung der Fördermittel haben die Fördermittelempfänger daher die vorgenannten Grundsätze zu beachten und angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen. Hierzu wird insbesondere auf die „Arbeitsanleitung Einführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen“ des Bundesministeriums für Finanzen, sowie auf Hinweise für die Ausgestaltung einer Richtlinie für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen in der Sozialversicherung in der jeweils gültigen Fassung verwiesen.
- (2) Mittel aus dem Gemeinschaftsfonds und dem Investitionsfonds sind grundsätzlich zeitnah regelmäßig innerhalb einer Frist von 12 Monaten nach der Bereitstellung an die Fördermittelempfänger zu verwenden, es sei denn, die Zuwendungsmitteilung trifft hiervon im Einzelfall abweichende Regelungen. Hinsichtlich Mittel aus dem Fonds für pauschale Fördermittel wird auf die Regelungen des Abschnittes IV dieser Verfahrensordnung verwiesen.
- (3) Die Fördermittelempfänger haben die geplanten Investitionsmaßnahmen in eigener Verantwortung durchzuführen und bei der Umsetzung der Maßnahmen stets die jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. Sie sind berechtigt, hierzu Dritte einzuschalten, wobei insbesondere stets die vergaberechtlichen Vorschriften (soweit anwendbar) zu berücksichtigen sind.

I § 8 ANTRAGSTELLUNG, BEDARFSMELDUNG UND ANZEIGEPFLICHT

- (1) Für die Beantragung von Mitteln zur Investitionsfinanzierung oberhalb der Genehmigungsfreigrenze gem. § 85 SGB IV bedarf es - unabhängig davon, ob die Finanzierung aus dem Gemeinschaftsfonds oder dem Investitionsfonds erfolgt – eines Antrags vor Beginn der Maßnahme (maßnahmenbezogenes Förderverfahren gem. Abschnitt I § 2 Abs. 1 Nr. 1). Für die Einzelheiten zur Antragstellung wird auf die speziellen Verfahrensvorschriften zum Gemeinschaftsfonds und zum Investitionsfonds in den Abschnitten II und III verwiesen. Die nachträgliche Förderung einer bereits begonnenen Maßnahme kann nur in Ausnahmefällen auf besonderen Antrag und über die Beschlussfassung der Mitgliederversammlung der DGUV erfolgen.
- (2) Maßnahmen, die über den Fonds für pauschale Fördermittel zu finanzieren sind, sind im Rahmen einer Bedarfsmeldung als Pauschalen durch die BG Kliniken über den BGKUV mitzuteilen. Eine gesonderte maßnahmenbezogene Antragstellung ist somit nicht erforderlich. Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf Abschnitt IV verwiesen. Sollten Maßnahmen, die aus Mitteln des Fonds für pauschale Fördermittel finanziert werden sollen, die Genehmigungsfreigrenze gem. § 85 SGB IV überschreiten, wird die BGKUV der DGUV dies anzeigen. Die DGUV wird dann entscheiden, ob ein gesonderter Antrag gem. Abschnitt I § 2 Nr. 1 erforderlich ist.

I § 9 FÖRDERMITTELBERECHTIGTE

Mittel aus dem Gemeinschaftsfonds können von den in diesem Abschnitt I definierten Fördermittelempfängern (BG Kliniken sowie weitere Einrichtungen) beantragt werden. Mittel aus dem Investitionsfonds und dem Fonds für pauschale Fördermittel stehen nur für die in diesem Abschnitt I definierten BG Kliniken zur Verfügung.

I § 10 ART UND FORM DER FÖRDERUNG / GESAMTKOSTEN

- (1) Die Mittel zur Investitionsfinanzierung werden zweckgebunden als Zuschüsse gewährt. Sie werden für die Dauer der gewöhnlichen Nutzung der mit den Mitteln beschafften oder hergestellten Anlagegüter unter der Bedingung der zweckentsprechenden Verwendung gem. den in Abschnitt I § 7 definierten allgemeinen Grundsätzen der Finanzierung, den spezifischen Verfahrensregelungen in den Abschnitten II, III und IV dieser Verfahrensordnung und den jeweiligen Bestimmungen im Einzelfall im Rahmen eines Zuwendungsvertrages bzw. – soweit es sich um weitere Einrichtungen handelt – gegebenenfalls eines Darlehensvertrages bewilligt. Die Dauer der gewöhnlichen Nutzung wird konkretisiert durch die jeweiligen AfA-Tabellen sowie die Konzernvorgaben der BGKUV.
- (2) Basis für die Ermittlung der Förderfähigkeit ist der Gesamtwert der Investitionsmaßnahme (inkl. Umsatzsteuer), abzüglich genutzter Fördermittel und Spenden sowie Preisnachlässe (u.a. Skonto) oder sonstiger Abzugsposten inkl. aktivierungsfähiger Nebenkosten.
- (3) Die Schätzung der Gesamtkosten der Maßnahme durch die Fördermittelempfänger darf nicht mit dem Ziel vorgenommen werden, die Genehmigungsfreigrenze oder ggf. vergaberechtliche Bestimmungen zu unterlaufen, d.h. unter anderem, dass (Gesamt-) Maßnahmen nicht künstlich in Einzelabschnitte oder Einzelmaßnahmen aufgeteilt werden dürfen.

I § 11 ANZEIGEPFLICHTEN

Bewilligte Mittel zur Investitionsförderung sind ausschließlich für den beantragten und bewilligten Zweck zu verwenden. Sofern während der Umsetzung der Investitionsmaßnahme ein Abweichen von der ursprünglichen Planung ersichtlich oder erforderlich wird oder sich wesentliche Umstände ändern, ist dies der DGUV unverzüglich anzuzeigen.

I § 12 PRÜFRECHT UND RÜCKFORDERUNG VON FÖRDERMITTELN

- (1) Der DGUV als Beauftragte der Fördermittelgeber steht ein umfassendes Prüfrecht gegenüber dem Fördermittelempfänger bzgl. der ausgezahlten Fördermittel aller Fonds zu. Für die ausgezahlten Mittel des Fonds für pauschale Fördermittel wird das Prüfrecht im Regelfall durch die vom Fördermittelempfänger beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gem. der Prüfungsrichtlinie (Anhang B) ausgeübt; die DGUV bleibt darüber hinaus aber jederzeit berechtigt, Prüfungen selbst oder durch Beauftragte vorzunehmen.
- (2) Bei nicht zweckentsprechender Verwendung von Mitteln aus dem Gemeinschaftsfonds und dem Investitionsfonds – insbesondere bei Verwendung für nicht bewilligte Maßnahmen, Verstößen gegen Bestimmungen des Zuwendungs- bzw. Darlehensvertrages, im Falle einer Veräußerung während der gewöhnlichen Nutzungsdauer, Wegfall der Eigenschaft als Fördermittelempfänger, soweit dies vor Ablauf der gewöhnlichen Nutzungsdauer erfolgt oder wenn der Antrag auf Förderung einer Investitionsmaßnahme

von vornherein auf falschen Angaben beruht – können die Mittel von der DGUV nach Maßgabe des jeweiligen Vertrages zurückgefordert werden, es sei denn das Abweichen von den bewilligten Zwecken wurde angezeigt und von der DGUV genehmigt. Etwaige Nutzungsänderungen müssen – soweit sie wesentlich sind – der DGUV vorab angezeigt und von dieser genehmigt werden.

- (3) Mittel aus dem Fonds für pauschale Fördermittel können von der DGUV zurückgefordert werden, wenn und soweit das Testat über die Mittelverwendungsnachweise durch die beauftragten Wirtschaftsprüfer gem. Abschnitt IV § 6 Abs. 2 dieser Verfahrensordnung versagt wird, im Falle einer Veräußerung während der gewöhnlichen Nutzungsdauer, bei Verstößen gegen Bestimmungen des Zuwendungsvertrages oder bei Wegfall der Eigenschaft als Fördermittelempfänger, soweit dies vor Ablauf der gewöhnlichen Nutzungsdauer erfolgt. Einem Zurückfordern im Sinne von Satz 1 steht es gleich, wenn die BG Klinik mit sonstigen nicht geförderten Mitteln (Eigenmitteln) ihr jeweiliges gesondertes Bankkonto ausgleicht soweit nicht eine Rückzahlung von der DGUV ausdrücklich gefordert wird.

ABSCHNITT II: FÖRDERUNG NACH DEM GEMEINSCHAFTSFONDS

II § 1 FÖRDERZWECK

- (1) Aus dem Gemeinschaftsfonds gefördert werden:

1. Grundstückserwerb
Der Erwerb von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten, sofern dies mit einer der unter Nr. 2- bis 4 aufgeführten Maßnahme einhergeht sowie der Erwerb von Grundstücken und bestehenden Gebäuden, soweit die vorgesehene Nutzung dem in Abs. 1 der Präambel (Abschnitt I) definierten Zweck der Investitionsfinanzierung dient.
2. Neubauten
Dazu gehört die Errichtung von Gebäuden mit gewöhnlicher Nutzungsdauer (inklusive notwendiger Erschließungsmaßnahmen und Außenanlagen sowie Erstausrüstung).
3. Erweiterungsbauten
Bei der Erweiterung eines Gebäudes handelt es sich um Baumaßnahmen mit dem Ziel, den umbauten Raum eines bestehenden Gebäudes, z.B. durch Aufstockung oder Anbau zu erweitern (inklusive notwendiger Erschließungsmaßnahmen und Außenanlagen sowie Erstausrüstung).
4. Umbauten
Beim Umbau von Gebäuden handelt es sich um bauliche Maßnahmen, die die bauliche Substanz eines vorhandenen Gebäudes mit wesentlichen Eingriffen in Konstruktion (teilweiser Neubau) oder Bestand (teilweiser Abbruch) verändern (inklusive notwendiger Erschließungsmaßnahmen und Außenanlagen sowie die Erstausrüstung).
5. Medizintechnische Großgeräte über der jeweils gültigen Genehmigungsfreigrenze gem. § 85 Abs. 2 SGB IV
Medizintechnische Geräte sind unabhängig von den Beschaffungskosten – wegen ihrer üblichen Nutzungsdauer zwischen 3 und 15 Jahren – generell kurzfristige Anlagegüter.

- (2) Voraussetzung einer Förderung aus dem Gemeinschaftsfonds ist, dass die Maßnahmen zur Anpassung an die technische und wissenschaftliche Entwicklung oder auf Grund der Veränderung rechtlicher Rahmenbedingungen notwendig sind oder werden, mit den Maßnahmen zugleich eine Erhöhung des Wertes des Anlagevermögens verbunden ist oder die Maßnahme auf Grund zusätzlichen Bedarfes notwendig ist oder wird.

II § 2 VERFAHREN ÜBER DIE ANTRAGSTELLUNG UND AUSREICHUNG VON MITTELN AUS DEM GEMEINSCHAFTSFONDS

- (1) Die Antragstellung für Maßnahmen, die aus dem Gemeinschaftsfonds gem. Abschnitt II § 1 zu finanzieren sind, erfolgt in den nachstehenden Verfahrensstufen

Verfahrensstufe 1: Grundsatzgespräch, Abschnitt II § 3

Verfahrensstufe 2: Erfassung von Maßnahmen für eine etwaige Förderung, Abschnitt II § 4

Verfahrensstufe 3: Aufnahme von Maßnahmen in den Finanzierungsplan, Abschnitt II § 5

Verfahrensstufe 4: Zuteilung von Mitteln aus dem Gemeinschaftsfonds, Abschnitt II § 6

Verfahrensstufe 5: Laufende Berichterstattung, Abschnitt II § 7

Verfahrensstufe 6: Kostenfeststellung (Endabrechnung), Abschnitt II § 8

- (2) Im Rahmen des Antragsverfahrens sind stets die Grundsätze des Bundesversicherungsamts inklusive der „Checkliste Antragsunterlagen“ zu § 85 SGB IV („**Grundsätze 85**“) in der jeweils aktuellen Fassung zu berücksichtigen. Die für die einzelnen Verfahrensstufen geltenden Anforderungen und vorzulegenden Unterlagen sind in der als **Anhang A** beigefügten „Ausführungsbestimmung zur Investitionsfinanzierung“ (nachfolgend auch „**Ausführungsbestimmungen**“) beschrieben, die die Grundsätze 85 berücksichtigen. Die Ausführungsbestimmungen können von der DGUV jederzeit – insbesondere im Hinblick auf etwaige zukünftige Änderungen der Grundsätze 85 - angepasst werden.
- (3) Bei der Antragstellung sind für sämtliche der vorgenannten Stufen die wesentlichen entscheidungsrelevanten Unterlagen für die geplanten Maßnahmen, die den Beschlussfassungen der Organe der Fördermittelempfänger zugrunde gelegen haben, vorzulegen bzw. zumindest die Kerninhalte entsprechend darzustellen.
- (4) Die Antragsunterlagen sind acht Wochen vor der jeweiligen Sitzung der Sachverständigenstelle bei der DGUV schriftlich in dreifacher Ausfertigung sowie digital einzureichen.

II § 3 GRUNDSATZGESPRÄCH (VERFAHRENSSTUFE 1)

- (1) Zu Beginn des Antragsverfahrens erfolgt ein Grundsatzgespräch mit dem Fördermittelempfänger.
- (2) Das Grundsatzgespräch kann je nach Umfang der geplanten Maßnahme in einem einzigen Gespräch oder in einem zweistufigen Gespräch erfolgen. Für das Grundsatzgespräch ist eine Ableitung der geplanten Maßnahme aus der Einzelzielplanung gem. I § 4 Abs. 2 vorzulegen. Diese Ableitung enthält in der Regel:

- Eine Bedarfsplanung inkl. einer maßnahmenspezifischen Präzisierung des medizinischen Leistungsportfolios sowie Darstellung der etwaigen betrieblichen Effekte inklusive des zu erwartenden Effektes im Bereich Personal (1. Stufe) sowie
 - grundlegende Überlegungen zum Betriebsorganisationskonzept, Raum- und Funktionsprogramm, grundlegende Überlegungen zum Wirtschaftlichkeitsnachweis, Machbarkeitsstudie (ggf. mit Variantenbetrachtung) sowie der Kostenrahmen und die geplante Projektorganisation (2. Stufe).
- (3) Die Unterlagen der BG Kliniken werden durch die BGKUV auf Arbeitsebene fachlich sowie inhaltlich bewertet, für das Grundsatzgespräch aufbereitet und der DGUV zugeleitet. Darüber hinaus erfolgt in einer Stellungnahme der BGKUV die Bestätigung der Konformität der Maßnahme mit dem Klinikgesamtkonzept in seiner jeweils aktuellen Fassung.
- (4) Im Grundsatzgespräch werden die folgenden notwendigen Arbeitsschritte und der Umfang der in den weiteren Verfahrensstufen vorzulegenden Antragsunterlagen auf Grundlage der Ausführungsbestimmungen in der jeweils gültigen Fassung präzisiert. Dabei wird insbesondere festgelegt, wie die Ermittlung des Gesamtbedarfs aller Unfallversicherungsträger erfolgt. Sofern sich die beantragte Maßnahme auf den Erwerb von Grundstücken gem. Abschnitt II § 1 Abs. 1 Nr. 1 bezieht, werden im Grundsatzgespräch ggf. weitere Verfahrensschritte unter Berücksichtigung der in den Grundsätzen 85 aufgeführten Anforderungen festgelegt.
- (5) Bei Maßnahmen, die den Aufgabenbereich der Landesverbände der DGUV berühren, sind diese in das Grundsatzgespräch einzubinden. Diese prüfen, ob die Maßnahme den Anforderungen des Schwerstverletzungsartenverfahrens (SAV) entspricht.
- (6) Als Ergebnis des Grundsatzgesprächs entscheidet die Sachverständigenstelle im Rahmen der ihr vom Vorstand der DGUV übertragenen Beschlusskompetenz, ob dem Fördermittelempfänger die weitere Planbearbeitung empfohlen wird. Der Beschluss wird dem Fördermittelempfänger bzw. – sofern Antragsteller die BG Kliniken sind - zusätzlich der BGKUV mitgeteilt und zugeleitet.

II § 4 ERFASSUNG VON OBJEKTEN FÜR EINE ETWAIGE FÖRDERUNG (VERFAHRENSSTUFE 2)

- (1) Der Fördermittelempfänger kann die Erfassung der Maßnahme beantragen, wenn die Sachverständigenstelle der DGUV die weitere Planbearbeitung empfohlen hat (vgl. Verfahrensstufe 1).
- (2) Für die Erfassung sind vom Fördermittelempfänger die in der jeweils gültigen Fassung der Ausführungsbestimmungen benannten Unterlagen der Sachverständigenstelle vorzulegen.
- (3) Die Sachverständigenstelle prüft die eingereichten Unterlagen insbesondere im Hinblick darauf,
- ob für die angemeldete Maßnahme die Voraussetzungen für die Förderung aus dem Gemeinschaftsfonds nach dieser Verfahrensordnung gegeben sind, insbesondere unter Berücksichtigung des regionalen und objektbezogenen Bedarfs sowie darauf,
 - ob eine Förderung der Maßnahme im Rahmen der Finanzplanung des Gemeinschaftsfonds möglich ist.
- (4) Nach Überprüfung der Unterlagen erstellt die Sachverständigenstelle ein Testat, bestehend unter anderem aus einer fachtechnischen Stellungnahme und beschließt im Rahmen der ihr vom Vorstand der DGUV übertragenen Beschlusskompetenz, ob die Maßnahme für eine etwaige Förderung aus Mitteln des Gemeinschaftsfonds zu erfassen ist.

- (5) Der Beschluss wird dem Fördermittelempfänger bzw. - sofern Antragsteller die BG Kliniken sind - zusätzlich der BGKUV mitgeteilt und zugeleitet. Wird die Erfassung der Maßnahme beschlossen, so ist in der Mitteilung ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass durch die Erfassung ein Anspruch auf Zuteilung von Mitteln aus dem Gemeinschaftsfonds noch nicht begründet wird.

II § 5 AUFNAHME VON OBJEKTEN IN DEN FINANZIERUNGSPLAN (VERFAHRENSSTUFE 3)

- (1) Nach Erfassung des Objektes gem. Abschnitt II § 4 kann der Fördermittelempfänger die Aufnahme in den Finanzierungsplan beantragen.
- (2) Für die Aufnahme in den Finanzierungsplan sind vom Fördermittelempfänger die in der jeweils gültigen Fassung der Ausführungsbestimmungen benannten Unterlagen vorzulegen.
- (3) Die Sachverständigenstelle prüft die eingereichten Unterlagen nach Maßgabe des Abschnitts II § 4 Abs. 3 und erstellt hierüber ein Testat, bestehend unter anderem aus einer fachtechnischen Stellungnahme.
- (4) Der Vorstand der DGUV beschließt auf Grundlage dieses Testats, ob der Mitgliederversammlung die Aufnahme der Maßnahme in den Finanzierungsplan empfohlen werden kann.
- (5) Die Mitgliederversammlung beschließt gem. Abschnitt I § 5 Abs. 2 dieser Verfahrensordnung über die Aufnahme von Vorhaben in den Finanzierungsplan.
- (6) Der Beschluss wird dem Fördermittelempfänger bzw. – soweit Antragsteller die BG Kliniken sind - zusätzlich der BGKUV mitgeteilt und zugeleitet. Wird die Aufnahme in den Finanzierungsplan beschlossen, so ist in der Mitteilung ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass durch die Aufnahme in den Finanzierungsplan ein Anspruch auf Zuteilung von Mitteln aus dem Gemeinschaftsfonds noch nicht begründet wird.
- (7) Nach der Beschlussfassung über die Aufnahme in den Finanzierungsplan leitet die DGUV das Genehmigungs- bzw. Anzeigeverfahren entsprechend Abschnitt I § 6 Abs. 3 ein. Diesen Unterlagen werden der Beschluss der Mitgliederversammlung der DGUV sowie der Verteilungsplan beigelegt.

II § 6 ZUTEILUNG VON MITTELN AUS DEM GEMEINSCHAFTSFONDS (VERFAHRENSSTUFE 4)

- (1) Nach Aufnahme in den Finanzierungsplan beantragt der Fördermittelempfänger die Zuteilung von Mitteln.
- (2) Für die Zuteilung von Mitteln aus dem Gemeinschaftsfonds sind vom Fördermittelempfänger die in der jeweils gültigen Fassung der Ausführungsbestimmungen benannten Unterlagen vorzulegen.
- (3) Die Sachverständigenstelle prüft die eingereichten Unterlagen und erstellt hierüber ein Testat, bestehend unter anderem aus einer fachtechnischen Stellungnahme. Die Sachverständigenstelle beschließt im Rahmen der ihr vom Vorstand der DGUV übertragenen Beschlusskompetenz über die Zuteilung von Mitteln. Sofern bei der Prüfung der eingereichten Unterlagen ein wesentliches Abweichen von der bisherigen Maßnahmenplanung ersichtlich wird, wird die Sachverständigenstelle den Vorgang verbunden mit einer Empfehlung dem Vorstand der DGUV vorlegen, welcher dann über die Mittelzuteilung entscheidet.
- (4) Der Beschluss wird dem Fördermittelempfänger bzw. – sofern die Antragstellung durch die BG Kliniken erfolgt - zusätzlich der BGKUV mitgeteilt und zugeleitet.

- (5) Die DGUV informiert das Bundesversicherungsamt über die Mittelzuteilung und legt den aktualisierten Verteilungsplan vor.
- (6) Die gemäß Beschluss zugeteilten Mittel werden aus dem bei der DGUV bestehenden Treuhandvermögen nach Abschluss des entsprechenden Zuwendungs- bzw. Darlehensvertrages zur Verfügung gestellt. Die DGUV informiert die Unfallversicherungsträger über die Entnahme aus dem Treuhandvermögen.
- (7) Die Beantragung weiterer Zuteilungen erfolgt im Rahmen der laufenden Berichterstattung gegenüber der DGUV nach Abschnitt II § 7.

II § 7 LAUFENDE BERICHTERSTATTUNG GEGENÜBER DER DGUV (VERFAHRENSSTUFE 5)

- (1) Die Fördermittelempfänger haben der Sachverständigenstelle jedes Jahr zur Vorbereitung der Finanzplanung zum dritten Gremienlauf der DGUV die laufende Berichterstattung einzureichen. Mit diesem Antrag ist der Finanzbedarf für das zweite Halbjahr des laufenden Jahres und der Finanzbedarf für das erste Halbjahr des Folgejahres anzumelden
- (2) Im Rahmen der Berichterstattung sind vom Fördermittelempfänger die in der jeweils gültigen Fassung der Ausführungsbestimmungen benannten Unterlagen vorzulegen.
- (3) Die Sachverständigenstelle prüft die eingereichten Unterlagen und erstellt hierüber ein Testat, bestehend unter anderem aus einer fachtechnischen Stellungnahme. Die Sachverständigenstelle beschließt im Rahmen der ihr vom Vorstand der DGUV übertragenen Beschlusskompetenz über die Zuteilung von Mitteln. Sofern bei der Prüfung der eingereichten Unterlagen ein wesentliches Abweichen von der bisherigen Maßnahmenplanung ersichtlich wird, wird die Sachverständigenstelle den Vorgang verbunden mit einer Empfehlung dem Vorstand der DGUV vorlegen, welcher dann über die Mittelzuteilung entscheidet.
- (4) Der Beschluss wird dem Fördermittelempfänger bzw. – soweit die Antragstellung durch die BG Kliniken erfolgt - zusätzlich der BGKUV mitgeteilt und zugeleitet.
- (5) Die DGUV leitet die laufende Berichterstattung an das Bundesversicherungsamt weiter und informiert dieses über die Mittelzuteilung und legt den aktualisierten Verteilungsplan vor.
- (6) Die gemäß Beschluss zugeteilten Mittel werden aus dem bei der DGUV bestehenden Treuhandvermögen gemäß dem jeweiligen Zuwendungsvertrag bzw. Darlehensvertrag zur Verfügung gestellt. Die DGUV informiert die Unfallversicherungsträger über die Entnahme aus dem Treuhandvermögen.

II § 8 MITTELVERWENDUNGSNACHWEIS (VERFAHRENSSTUFE 6)

- (1) Der Mittelverwendungsnachweis ist bis zum Ablauf von 12 Monaten nach Fertigstellung des Gebäudes vorzulegen. Sollte die Frist von 12 Monaten nicht ausreichen, sind die Hinderungsgründe und der voraussichtliche Vorlagezeitpunkt mitzuteilen.
- (2) Für die Kostenfeststellung sind vom Fördermittelempfänger die in der jeweils gültigen Fassung der Ausführungsbestimmungen benannten Unterlagen vorzulegen.

- (3) Die Sachverständigenstelle prüft die vorliegenden Unterlagen und erstellt das Schlusstestat. Der Vorstand der DGUV beschließt auf dieser Grundlage über den Mittelverwendungsnachweis und eine etwaige Zuteilung von Restmitteln.
- (4) Der Beschluss wird dem Fördermittelempfänger bzw. – soweit die Antragstellung durch die BG Kliniken erfolgt – zusätzlich der BGKUV mitgeteilt und zugeleitet.
- (5) Etwaige Restmittel werden aus dem bei der DGUV bestehenden Treuhandvermögen entsprechend dem jeweiligen Zuwendungsvertrag bzw. Darlehensvertrag zur Verfügung gestellt. Die DGUV informiert die Unfallversicherungsträger über die Entnahme aus dem Treuhandvermögen.
- (6) Nach der Beschlussfassung über die Kostenfeststellung wird diese dem Bundesversicherungsamt durch die DGUV vorgelegt. Diesen Unterlagen werden der Beschluss des Vorstandes der DGUV sowie der endgültige Verteilungsplan beigelegt.

ABSCHNITT III: FÖRDERUNG NACH DEM INVESTITIONSFONDS

III § 1 FÖRDERZWECK

Aus dem Investitionsfonds gefördert werden:

1. Umbauten:
Beim Umbau von Gebäuden handelt es sich um bauliche Maßnahmen, die die bauliche Substanz eines vorhandenen Gebäudes mit wesentlichen Eingriffen verändern (inklusive notwendiger Erschließungsmaßnahmen und Außenanlagen).
2. Modernisierungen sowie weitere Ersatzinvestitionen über der jeweils gültigen Genehmigungsfreigrenze gem. § 85 Abs. 2 SGB IV:
Modernisierungen sind bauliche Maßnahmen zur nachhaltigen Erhöhung des Gebrauchswertes eines Gebäudes oder zum Bestandserhalt (inklusive notwendiger Erschließungsmaßnahmen und Außenanlagen). Ergebnisse können zum Beispiel bessere Raumausnutzung, Belichtung, Belüftung oder erhöhter Komfort der Verkehrswege wie Aufzüge und Ausstattungen sein. Eine Modernisierung kann auch Außenanlagen oder raumbildende Ausbauten, technische Anlagen oder die Verbesserung des Wärme- und Schallschutzes betreffen. Diese Maßnahmen gehen vom Erhalt der Gebäudestruktur bei im Wesentlichen unveränderter Nutzung aus.
3. Ersatz medizintechnischer Großgeräte über der jeweils gültigen Genehmigungsfreigrenze gem. § 85 Abs. 2 SGB IV:
Medizintechnische Geräte sind unabhängig von den Beschaffungskosten – wegen ihrer üblichen Nutzungsdauer zwischen 3 und 15 Jahren – generell kurzfristige Anlagegüter.

III § 2 VERFAHRENSWEGE

Für das Antragsverfahren zum Investitionsfonds werden folgende zwei Verfahrenswege unterschieden

- a) Für die in Abschnitt III § 1 Nr. 1 definierten Umbaumaßnahmen erfolgt das Antragsverfahren entsprechend dem in Abschnitt II geregelten Verfahren für Maßnahmen aus dem Gemeinschaftsfonds.

- b) Für die in Abschnitt III § 1 Nr. 2 definierten Modernisierungen sowie für den in Abschnitt III § 1 Nr. 3 definierten Ersatz medizintechnischer Anlagen gilt das nachfolgend in diesem Abschnitt beschriebene „verkürzte Antragsverfahren“.

III § 3 ANTRAGSTELLUNG IM VERKÜRZTEN VERFAHREN (FINANZIERUNGSGESPRÄCH)

- (1) Im Vorfeld der jährlichen Finanzierungsplanung zum Investitionsfonds erfolgt von der BGKUV bei der DGUV bis zum 31.03. eines Jahres die Anmeldung der geplanten Maßnahmen des Folgejahres.
- (2) Die DGUV sowie die BGKUV stimmen nach Vorlage der Anmeldungen zum Investitionsfonds ab, für welche Maßnahmen ein Finanzierungsgespräch durchgeführt werden soll. Die zur Vorbereitung dieses Finanzierungsgesprächs vorzulegenden Unterlagen werden in den Ausführungsbestimmungen konkretisiert.
- (3) Im Finanzierungsgespräch werden ggf. weitere Arbeitsschritte und der Umfang der im verkürzten Verfahren auf Grundlage der Ausführungsbestimmungen vorzulegenden Antragsunterlagen präzisiert.

III § 4 VERKÜRZTES ANTRAGS- UND PRÜFVERFAHREN FÜR DIE VERFAHRENSSTUFEN 2 BIS 4

- (1) Sofern im Finanzierungsgespräch keine abweichenden Vereinbarungen getroffen wurden, sind vom Fördermittelempfänger die in der jeweils gültigen Fassung der Ausführungsbestimmungen benannten Unterlagen vorzulegen.
- (2) Nach Überprüfung der Antragsunterlagen erstellt die Sachverständigenstelle ein Testat, bestehend unter anderem aus einer fachtechnischen Stellungnahme und beschließt im Rahmen der ihr vom Vorstand der DGUV übertragenen Beschlusskompetenz,
 - ob die Maßnahme für eine etwaige Förderung aus Mitteln des Investitionsfonds zu erfassen ist,
 - ob die Maßnahme in den Finanzierungsplan zum Investitionsfonds aufgenommen wird sowie
 - über die Zuteilung von Mitteln aus dem Investitionsfonds.

Sofern bei der Prüfung der eingereichten Unterlagen ein Überschreiten des Finanzierungsplans ersichtlich wird, wird die Sachverständigenstelle den Vorgang verbunden mit einer Empfehlung dem Vorstand der DGUV vorlegen, welcher dann über den Sachverhalt entscheidet.

- (3) Der Beschluss wird den BG Kliniken und der BGKUV schriftlich mitgeteilt.
- (4) Die zugeteilten Mittel werden aus dem bei der DGUV bestehenden Treuhandvermögen quartalsweise (jeweils zum 01.03., 01.06., 01.09., 01.12.) auf Grundlage eines entsprechenden Zuwendungsvertrages zur Verfügung gestellt. Die DGUV informiert die Unfallversicherungsträger über die Entnahme aus dem Treuhandvermögen.

III § 5 LAUFENDE BERICHTERSTATTUNG

- (1) Im Rahmen der laufenden Berichterstattung sind von der BG Klinik die in der jeweils gültigen Fassung der Ausführungsbestimmungen benannten Unterlagen zum Gremienlauf 4 der DGUV vorzulegen.

- (2) Die Sachverständigenstelle prüft die eingereichten Unterlagen und erstellt hierüber ein Testat, bestehend unter anderem aus einer fachtechnischen Stellungnahme.
- (3) Die Sachverständigenstelle beschließt im Rahmen der ihr vom Vorstand der DGUV eingeräumten Beschlusskompetenz über die Zuteilung weiterer Mittel.
- (4) Abschnitt III § 4 Abs. 3 – 4 gelten entsprechend.

III § 6 MITTELVERWENDUNGSNACHWEIS

- (1) Der Mittelverwendungsnachweis ist bis zum Ablauf von 12 Monaten nach Fertigstellung der Maßnahme vorzulegen. Sollte die Frist von 12 Monaten nicht ausreichen, sind die Hinderungsgründe und der voraussichtliche Vorlagezeitpunkt mitzuteilen. Mit diesem Antrag ist der verbliebene Finanzbedarf anzumelden.
- (2) Für die Kostenfeststellung sind von der BG Klinik die in der jeweils gültigen Fassung der Ausführungsbestimmungen benannten Unterlagen vorzulegen. Die Aktivierungsfähigkeit der Maßnahme ist nachzuweisen.
- (3) Die Sachverständigenstelle prüft die vorliegenden Unterlagen, erstellt das Schlusstestat und beschließt eine etwaige weitere Zuteilung von Restmitteln.
- (4) Abschnitt III § 4 Abs. 3 – 4 gelten entsprechend.

ABSCHNITT IV: FÖRDERUNG NACH DEM FONDS FÜR PAUSCHALE FÖRDERMITTEL

IV § 1 FÖRDERZWECK

Aus dem Fonds für pauschale Fördermittel zu finanzieren sind:

1. Modernisierungen sowie weitere Ersatzinvestitionen unter dem jeweils gültigen Höchstwert gemäß § 85 Abs. 2 SGB IV:

Modernisierungen sind bauliche Maßnahmen zur nachhaltigen Erhöhung des Gebrauchswertes eines Gebäudes. Ergebnisse können zum Beispiel bessere Raumausnutzung, Belichtung, Belüftung oder erhöhter Komfort der Verkehrswege wie Aufzüge und Ausstattungen sein. Eine Modernisierung kann auch Außenanlagen oder raumbildende Ausbauten, technische Anlagen oder die Verbesserung des Wärme- und Schallschutzes betreffen.

2. Bewegliche Einrichtungsgegenstände:

Die Beschaffung von Einrichtungen und Ausstattungen inklusive Informationstechnologie (Hardware und Software) sowie von technischen und medizintechnischen Anlagen, welche nach den lokalen Bilanzierungsgrundsätzen aktivierungsfähig sind, bei einer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von drei bis fünfzehn Jahren. Die Beschaffung umfasst Ersatzinvestitionen sowie Neu- und Erweiterungsinvestitionen, davon ausgeschlossen ist die Beschaffung von Gegenständen mit einer Finanzierung über Leasing oder Mietkauf.

3. Instandhaltungsmaßnahmen bis zu einem Höchstbetrag von 25 % des jährlichen Fördermittelvolumens je BG Klinik:

Die Instandhaltung umfasst in diesem Zusammenhang die Verbesserung der Baukonstruktionen und der technischen Anlagen sowie die Instandsetzung. Hierunter fallen alle Maßnahmen zur Wiederherstellung eines Soll-Zustandes eines Gebäudes innerhalb seines Nutzungszyklus, die sich z.B. aufgrund von Abnutzung, Alterung und Witterungseinflüssen oder behördliche Auflagen ergeben.

In Ausnahmefällen können Instandhaltungsmaßnahmen bis zu einem Höchstbetrag von 75 % des jährlichen Fördermittelvolumens je BG Klinik auf Vorschlag der BGKUV von der DGUV genehmigt werden.

IV § 2 BEDARFSMELDUNG FÜR PAUSCHALE FÖRDERMITTEL

- (1) Grundlage für die Auszahlung der pauschalen Fördermittel an die BG Kliniken ist eine Bedarfsmeldung der BG Kliniken über die BGKUV an die DGUV. In dieser ist der Gesamtbetrag der geplanten förderfähigen Investitionsmaßnahmen anzugeben.
- (2) Die BGKUV wird auf Grundlage der Bedarfsmeldungen der BG Kliniken für die pauschalen Fördermittel eine Gesamt-Bedarfsmeldung erstellen und diese der DGUV bis spätestens acht Wochen vor der jeweils letzten Mitgliederversammlung der DGUV eines Jahres vorlegen. Hinsichtlich der Beschlussfassung über die Einhebung der Mittel durch die Mitgliederversammlung der DGUV wird auf die allgemeinen Bestimmungen in Abschnitt I verwiesen.
- (3) Die DGUV leitet, sofern erforderlich, ein Anzeigeverfahren für die Beteiligten beim Bundesversicherungsamt ein; hierzu stellt die BG Klinik über die BGKUV der DGUV alle notwendigen Unterlagen zur Verfügung.

IV § 3 AUSZAHLUNG VON FÖRDERMITTELN

- (1) Die Sachverständigenstelle der DGUV wird auf Grundlage des Finanzierungsplanes über die Zuteilung von Fördermitteln an die BG Kliniken entscheiden.
- (2) Die Auszahlung der Fördermittel erfolgt durch die DGUV auf Grundlage eines Zuwendungsvertrages. Da es sich um pauschale Fördermittel handelt, erfolgt, anders als in den Förderverfahren zum Gemeinschaftsfonds (Abschnitt II) und Investitionsfonds (Abschnitt III), die Anerkennung der Maßnahme (vgl. Abschnitt I § 5 Abs. 5) sowie der Nachweis der Verwendung nachgelagert mit der Vorlage des Mittelverwendungsnachweises gemäß Abschnitt IV § 5. Die Prüfung der zweckentsprechenden Mittelverwendung erfolgt insofern ausschließlich auf Grundlage von Mittelverwendungsnachweisen.
- (3) Die BG Kliniken können über die BGKUV die Zuteilung von im Finanzierungsplan berücksichtigter, aber noch nicht ausgezahlter Mittel bei der DGUV nachbeantragen. Die Auszahlung von Mitteln, die von BG Kliniken nachbeantragt wurden, steht dabei stets unter dem Vorbehalt der verfügbaren Mittel aus dem Fonds für pauschale Fördermittel.
- (4) Die erste jährliche Auszahlung der pauschalen Fördermittel an die BG Kliniken erfolgt i.d.R. bis zum 15.3. des Finanzierungsjahres.

IV § 4 ZUWENDUNGSVERTRAG

- (1) Die DGUV wird den BG Kliniken und der BGKUV die Entscheidung über die Zuwendung von Fördermitteln in Textform vorab mitteilen. Die Zuwendungsmitteilung enthält den Empfänger und die Höhe des zugeteilten Betrages. Ein Anspruch auf die Zuwendung ergibt sich hieraus noch nicht, sondern erst aus dem Zuwendungsvertrag.
- (2) Im Zuwendungsvertrag werden die entsprechenden Verpflichtungen insbesondere betreffend die Mittelverwendung, den Mittelverwendungsnachweis sowie die Rückzahlungsverpflichtung von nicht zweckentsprechend und sparsam verwendeten Mitteln geregelt. Dabei wird den BG Kliniken auferlegt, die Fördermittel bis zur zweckentsprechenden Verwendung auf einem gesonderten Bankkonto zinsgünstig anzulegen sowie Zinserträge den noch nicht verwendeten Fördermitteln wieder zuzuführen und zweckentsprechend zu verwenden. Etwaiger Zinsaufwand kann mit auf dem Sonderkonto vorhandenen Fördermitteln verrechnet werden. Die BG Kliniken sind ferner darauf hinzuweisen, dass etwaige Erlöse aus der Veräußerung von bezuschusstem Anlagevermögen dem gesonderten Bankkonto zuzuführen sind.

IV § 5 MITTELVERWENDUNG UND VORTRAG VON NICHT VERWENDETEN FÖRDERMITTELN

- (1) Die im Rahmen der Förderung angeschafften Anlagegegenstände, deren Anschaffungswert den zum Zeitpunkt der Anschaffung geltenden Schwellenwert für geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG-Grenze) übersteigt, sind zu inventarisieren.
- (2) Sollten die pauschalen Fördermittel, die den BG Kliniken zur Verfügung gestellt werden, nicht ausgeschöpft werden, so dürfen diese von den BG Kliniken auf maximal vier Jahren vorgetragen werden. Die Mittel, die zuerst zur Verfügung gestellt wurden, sind dabei auch zuerst wieder zu verbrauchen.

IV § 6 ÜBERWACHUNG DER VERWENDUNG UND NACHWEISFÜHRUNG

- (1) Die BG Kliniken erstellen im Rahmen ihrer Jahresabschlusserstellung einen Verwendungsnachweis als Nachweis der zweckentsprechenden und sparsamen Verwendung der erhaltenen und verwendeten Fördermittel. In diesem ist die Entwicklung des Bestands der noch nicht verwendeten Fördermittel darzustellen. Dies umfasst auch alle Zuführungen aus der Nutzung von Anlagegütern außerhalb des Verwendungszwecks, aus Zinseinnahmen und Abgang von Anlagegütern. Ferner ist der Bestand des gesondert geführten Bankkontos zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Kalenderjahres nachzuweisen. Aufzuführen ist ferner die Berücksichtigung von Instandhaltungsaufwand.
- (2) Der Verwendungsnachweis ist durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu prüfen. Die DGUV teilt der BGKUV frühzeitig vor Beginn der Prüfung den Prüfungsumfang mit. Darüber hinaus können von der DGUV Sonderprüfungsthemen benannt werden. Auch diese sind der BGKUV frühzeitig bekannt zu geben. Konkretisierungen des Verfahrens werden durch die Prüfungsrichtlinie in **Anhang B** geregelt.
- (3) Die BGKUV reicht die Verwendungsnachweise der BG Kliniken bis zum 30.11. des Folgejahres des Finanzierungsjahres bei der DGUV ein.
- (4) Der Vorstand der DGUV beschließt auf Grundlage der geprüften Mittelverwendungsnachweise über die Anerkennung der Maßnahme und setzen den geförderten Betrag abschließend fest.

(5) Die Kosten für die Verwendungsnachweise sind förderfähig.

ANHANG

A. AUSFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN

B. PRÜFUNGSRICHTLINIE